Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Freitag, 4. Februar 1921 · Nummer 58 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,— M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen das fettgedruckte Wort 1,60 M. jedes weitere Wort 1,— M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4828

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der neue Steuerskandal

Erhöhung der indirekten Steuern?

Wir haben wiederholt schon mit allem Nachdruck auf den Skandal hingewiesen, daß die Regierung nicht daran denkt, die besitzenden Kreise zur Leistung ihrer Steuerpflicht heranzuziehen, daß dagegen die minderbemittelte Bevölkerung weit über das Maß ihrer Leistungsfähigkeit hinaus mit Steuern belasttet wird. Wie eine **Verhöhnung der arbeitenden Massen** muß es nun aufgefaßt werden, daß zur Deckung des durch die Erhöhung der Beamtengehälter entstandenen Fehlbetrages **eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern beabsichtigt wird.** Offiziös wird mitgeteilt, daß die **Zuckersteuer von 14 M. auf 100 M. für den Doppelzentner,** also jedes Pfund Zucker mit 50 Pfg. Steuer, belegt werden soll. Außerdem befinden sich Entwürfe in Ausarbeitung, die eine **Erhöhung der Branntweinabgabe, der Reichsstempelsteuern, des Versicherungsstempels, des Börsenumsatzstempels** und die Einführung einer **Devisenumsatzsteuer** vorschlagen; ferner wird an die **Erhöhung der Umsatz-** und der **Kohlensteuer** gedacht.

Bisher schon haben sich die Einnahmen des Reiches vornehmlich auf die Steuern und Abgaben gestützt, die **von den nichtbesitzenden Schichten der Bevölkerung** aufgebracht werden mußten. Entweder wurden sie durch den Lohnabzug zur sofortigen Steuerleistung herangezogen, oder sie mußten in Form von indirekten Steuern auf Lebens- und Genußmittel ihren Tribut an den Staat zahlen, oder die Unternehmer wälzten die Verkehrs- und Produktionsabgaben durch Erhöhung der Preise für alle Waren auf die Verbraucher, also vornehmlich wieder auf die Schultern der Minderbemittelten ab. In den ersten acht Monaten des Rechnungsjahres 1920 sind an direkten Steuern 10 798 Millionen Mark eingegangen. Davon kommt aber nur der kleinste Teil auf das Konto der besitzenden Klassen, die **Hauptsache ist von den Arbeitern, Angestellten und Beamten in Form des Abzugs vom Lohn und Gehalt aufgebracht** worden. Die Kapitalssteuern, wie Reichsnotopfer, Kapitalertragssteuer und Erbschaftssteuer haben nicht einmal die Hälfte der veranschlagten Summe erbracht, und die war ohnehin schon niedrig genug angesetzt. Die indirekten Steuern dagegen haben den Voranschlag entweder erreicht oder noch übertroffen. Und nun sollen sie nach den Vorschlägen der Regierung noch weiter erhöht werden.

Dieser neue Steuerskandal kommt gerade zurecht, um den arbeitenden Volkskreisen zu zeigen, welche Komödie die bürgerlichen Parteien mit ihrer „nationalen Einheitsfront" gegenüber der Entente jetzt aufführen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die besitzenden Klassen mit ihrer Steuersabotage nicht nur „Verrat am Vaterlande" treiben, sondern daß sie damit die Preisgabe der Unabhängigkeit Deutschlands fördern. Die Regierungsparteien, die der Entente Jammerlieder von dem in Deutschland herrschenden Elend vorleiern, tun nichts, um zunächst einmal durch die Erzwingung der Steuerpflicht bei den besitzenden Klassen Deutschlands diesem Elend zu Leibe zu gehen.

Die Kohlenfrage

Eine deutsche Denkschrift

Vor seiner Abreise aus Paris hat Staatssekretär Bergmann eine Denkschrift der deutschen Regierung über die Kohlenfrage überreicht. Darin weist die deutsche Regierung die Unmöglichkeit einer Fortsetzung des Abkommens von Spaa nach und macht Vorschläge über die Regelung nach dem 1. Februar 1921. Die Denkschrift weist darauf hin, daß, während die deutsche Industrie und Gesamtwirtschaft unter der Kohlennot zu erliegen droht, der Bedarf Frankreichs hinreichend gedeckt ist. Deshalb glaubt die deutsche Regierung, daß kein Grund mehr besteht, die starken Lasten des Spaa-Abkommens fortzusetzen. Unter der Voraussetzung, daß sich an der Kohlenbasis Deutschlands nichts ändert, macht die deutsche Regierung folgenden Vorschlag:

„Für eine Dauer von sechs Monaten, vom 1. Februar 1921 ab, wird Deutschland den alliierten Mächten eine Kohlenmenge von 72 000 Tonnen arbeitstäglich liefern, was bei einem Monatsdurchschnitt von 25 Arbeitstagen 1 800 000 Tonnen im Monat ergibt."

Englische und französische Arbeiterstimmen

Auf der Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterbundes erklärte der Präsident des Bergarbeiterbundes von Südwales, James Winston, **daß Frankreich einen Teil der deutschen Kohlenlieferungen an Deutschland zurückverkaufe.** Nach den Bedingungen von Spaa hat Deutschland jährlich an Frankreich 24 Millionen Tonnen Kohlen zu liefern. Vor dem Kriege stellte sich der britische Export nach Frankreich auf jährlich 30 Millionen Tonnen Kohle. Frankreich bezieht also 40 500 000 Tonnen mehr als vor dem Kriege, wobei in Betracht gezogen werden muß, daß die Kohlendistrikte von Lens den normalen Betrieb noch nicht wieder aufgenommen haben. Winston erklärte, er habe Informationen, wonach deutsche Kohlen von der Eisenbahn nach Frankreich gelangen und dann nach Deutschland zurückverkauft werden, ohne den Waggon zu verlassen.

Das Blatt der C. G. T. „Le Peuple" sagt zur ministeriellen Erklärung: Die Ansicht, daß Deutschland 2 200 000 Tonnen Kohlen monatlich an Stelle von 2 Millionen jetzt liefern soll, bedeutet, daß Die Ansicht, daß Deutschland 2 200 000 Tonnen Kohlen monatlich anstelle 2 Millionen jetzt liefern soll, bedeutet, daß der deutsche Arbeiter eine erschöpfende Mehrarbeit leisten muß. Man könne nicht sagen, daß diese Forderung dem Vertrag von Versailles entspreche, weil das dem Vertrag beigegebene Arbeitsrecht den **Grundsatz des Achtstundentages bestätigt, der jetzt schon habe überschritten werden müssen.** Mit seiner Ankündigung habe Briand gestern dem deutschen Arbeiter mitgeteilt daß dieser sich in Hörigkeit befinde, und begünstige damit dessen Auflehnung gegen die Entente.

Die Pariser Beschlüsse

Briands Erklärung

In Fortsetzung seiner Erklärung über die Pariser Beschlüsse, die wir schon teilweise in unserer Morgenausgabe veröffentlichten, sagte Briand weiter:

Zweitens hätten die Gläubiger durch eine Kombination mit der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands davon profitieren müssen, damit nicht das Bild einer Bereicherung des Besiegten gegenüber dem Ruin des Siegers geboten werde. Wenn man den Gedanken feststehender, auf der Zahlungsfähigkeit Deutschlands beruhender Annuitäten nicht zurückgewiesen habe, so habe man auch den wahrscheinlichen Fall vorsehen wollen, daß infolge der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands seine Zahlungsfähigkeit sich mit der Zukunft erhöhen werde. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß die Annahme einer Zusatzannuität, die in Beziehung zu der deutschen Ausfuhr steht und zahlbar ist auf der Goldbasis gemäß den von der französischen Delegation formulierten Vorschlägen, dieses Problem mit der größten Sicherheit und Gerechtigkeit gelöst hat. Man könne nicht aus den Augen verlieren, daß, damit Deutschland zahlen könne, es sich jedes Jahr Reichtümer schaffen müsse, indem es seine Ausfuhr erhöhe und seine Einfuhr auf das allernotwendigste beschränke. **Das würde es nur tun können auf Kosten des Handels und der Industrie der Alliierten. Das ist die seltsame und schmerzliche Konsequenz der Tatsachen. Deutschland wird diese paradoxe Lage, sobald es möglich ist, ausgleichen.** Nachdem Briand die vorgesehenen Zahlungen einschließlich der Ausfuhrsteuer mitgeteilt hatte, faßte er seine Ausführungen dahin zusammen, es handle sich also um Zahlung der Schuld Deutschlands in den Grenzen seiner wirtschaftlichen Fähigkeiten, die sich hauptsächlich in der Entwicklung seiner Ausfuhr zeigen würden.

Dank der Kombinierung einer feststehenden Jahreszahlung mit einer fortlaufenden Zahlung sei die Forderung der Alliierten verknüpft mit der Zukunft Deutschlands. Die französische Regierung habe keineswegs auf die Möglichkeit verzichtet, von Deutschland, wenn sich seine Wirtschaft wieder erhole, die Zahlung der Gesamtschuld zu verlangen. Die Reparationskommission werde gemäß dem Vertrag den Betrag vor dem 1. Mai 1921 festsetzen. Die 12prozentige Abgabe vom Export sei ein sichtbares Zeichen der wirtschaftlichen Prosperität des Schuldners und werde gestatten, die tatsächlichen Ziffern und die Rechnungsziffern einander näher zu bringen. Außerhalb der verschiedenen in Boulogne diskutierten aber nicht von den Alliierten angenommenen Garantien habe die Konferenz von Paris klar festgesetzt, **daß die für die Entwaffnung vorgesehenen Sanktionen sich vollkommen auf das Reparationsproblem beziehen sollen.** Man habe nicht nötig, die Bedeutung einer derartigen Entscheidung, die begründet sei in allgemeinen Bestimmungen des Vertrages, zu unterstreichen, die übrigens in einem strikten Geiste der Billigkeit gehalten, in keiner Weise das unbestrittene Recht der Alliierten überschreitet.

Briand erläuterte dann eingehend die bekannten Sanktionen und kam dann zu der Kohlenfrage. Mit der Reparationsfrage sei verbunden die Frage der Kohlenlieferungen nach dem 31. Januar, an welchem Tage das Abkommen von Spaa abgelaufen sei. Diese besondere Frage sei schon praktisch durch die Entscheidungen der Reparationskommission angeschnitten worden, die nach den Bestimmungen des Vertrages von Versailles das Recht habe, in jedem Augenblick die Lieferungsmöglichkeiten Deutschlands zu bestimmen, **und die durch ein Schreiben vom 27. Dezember die verlangten Ziffern von 2 220 000 Tonnen für die Monate Februar und März sowie von 250 000 Tonnen pro Monat für die Rückstände der vorhergehenden Monate ohne Vorschüsse und Prämien mitgeteilt habe. Wenn Deutschland widerspreche, werde es nach dem Vertrage ausführen müssen, der viel höhere Ziffern vorsehe als die, die die Reparationskommission festgesetzt habe.**

Nachdem Briand noch ferner erklärt hatte, daß die Ereignisse in Griechenland und Klein-Asien die dringende Notwendigkeit gezeigt hätten, durch den Ausgleich der verschiedenen Interessen einen endgültigen Frieden herzustellen, erklärte er, daß eine Konferenz in London diese Frage zu regeln gedenke, und erwähnte dann noch hierzu die ferneren Beschlüsse der Konferenz, nämlich die Anerkennung von Georgien, Estland und Lettland als selbständige Staaten. Das seien die Ergebnisse, die dank dem Geiste des Entgegenkommens und des guten Willens der Alliierten erzielt worden seien. **Die Konferenz von Paris habe die Entente gestärkt.**

Die Kammerdebatte

Nachdem Briand in der Kammer die Regierungserklärung verlesen hatte, begab er sich in den Senat, um dort die gleiche Erklärung abzugeben. **Die Kammersitzung wurde solange unterbrochen.**

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen gegen ½5 Uhr nachmittags ergriff als erster Interpellant der Abg. Margaine das Wort. Er sagte, man habe gehofft, daß die finanzielle Solidarität der Alliierten gestatten werde, beträchtliche Summen zu diskontieren, die Deutschland Frankreich schulde. Man sei enttäuscht worden. Namentlich Amerika habe diese Solidarität nicht aufrechterhalten.

An zweiter Stelle sprach der Kommunist Cachin. Nach seiner Ansicht hat die letzte Konferenz die deutsche Entwaffnung aufgeschoben, damit das „reaktionäre" Deutschland gegen den russischen Bolschewismus ausgerüstet sei. Die Reparationsfrage habe die Konferenz auf eine spätere Konferenz von London verschoben. Die deutschen Großkapitalisten erzielten immer noch Dividenden von 10 bis 40 Prozent. Sie seien die einzigen, die sich durch den Krieg bereichert hätten. **Die vorgesehenen Zwangsmaßnahmen würden nur die Armen und Unglücklichen treffen.** Cachin trat schließlich für Sowjetrußland ein und erklärte, nicht die russische Revolution habe Frankreich verraten, sondern das russische Kaiserreich. Nach seiner Ansicht sei die Sowjetregierung entschieden friedliebend. Der Weltfriede werde erst gesichert sein, wenn die Arbeiterwelt zur Macht gelange.

Als dritter Interpellant behandelte der rechtsstehende Abg. Lacotte die französisch-englische Politik, erzielte aber, wie der Havasbericht feststellt, nur Heiterkeitserfolge.

Darauf führte Abg. André Tardieu aus, der Friedensvertrag von Versailles setzte die Zurückzahlung des gesamten Reparationsbetrages voraus, das Abkommen von Paris mache es unmöglich. Tardieu prüfte sodann im einzelnen die Sicherheitsmaßnahmen und erklärte, **die Finanzkontrolle sei das Plagiat des Friedensvertrages von Versailles.** Wenn man, wie in dem Vertrage der vergangenen Woche, Opfer bringe, müsse man auch Kompensationen erhalten. Die erhaltenen seien Illusionen, weil sie der Vertrag von Versailles schon vorsehe. (Ministerpräsident Briand will unterbrechen, Tardieu erklärt, er wolle keine Dialoge.) Auch die Sanktionen seinen schon im Vertrage vorgesehen worden. Der Vertrag von Versailles setze auch die Errichtung eines Zollsystems in den Rheinlanden fest. Tardieu kommt zu dem Schlusse, **daß das Abkommen von Paris weder neue Garantien noch neue Pfänder gebe, und prüft dann die Möglichkeit, die Forderungen zu diskontieren.** Die Solidarität der Alliierten bereite Schwierigkeiten, solange Amerika nicht teilnehme.

Falsche Kritik

In Paris ist jetzt der Bericht der alliierten Sachverständigen auf der Brüsseler Konferenz über das deutsche Budget veröffentlicht worden.

Der Bericht besagt, daß die in dem Haushaltsplan für 1920 eingesetzten Ziffern nur unter Vorbehalt angenommen werden könnten, besonders bezüglich der im Budget zur Ausführung des Friedensvertrages eingesetzten Kredite, zu deren Festsetzung es der deutschen Verwaltung auch an den erforderlichen Angaben fehle. Zu beachten sei bei der Betrachtung des Budgets die Erklärung des Finanzministers Wirth im Reichstage am 27. Oktober 1920, daß der Etat zur Ausführung des Friedensvertrages das beste Agitationsmittel sei, über das das deutsche Volk verfüge, und in der ganzen Welt verbreitet werden müßte. Die Sachverständigen heben hervor, daß der Etat für auswärtige Angelegenheiten von 24 auf 295 Millionen und für das Innere von 19 auf 1435 Millionen gestiegen sei. Die Ausgaben für Post- und Telegraphenwesen beliefen sich für das Personal auf 5366 gegen 756 Millionen im Jahre 1919. Die Ausgaben zur Ausführung des Friedensvertrages könnten verringert werden. Die deutsche Regierung übernehme Ausgaben, zu denen sie nicht verpflichtet sei.

Hinsichtlich der Einnahmen des deutschen Budgets betonten die Sachverständigen, daß die Steuern auf alkoholische Getränke viermal weniger einbrächten als in England und sechsmal weniger als in Frankreich. Ebenso seien die Steuern auf Tabak, Kaffee und Tee sehr niedrig. Die Steuer auf Zucker sei nicht hoch und bilde nur den 250. Teil der Steuereinnahmen, während sie z. B. in Italien ein Fünfundzwanzigstel derselben ausmache. Eine Erhöhung der Kohlensteuer um 10 Prozent würde einen Mehrbetrag von zwei bis drei Millionen ergeben. Auch die Zollerträgnisse könnten vermehrt werden und ihre tatsächlich Erhöhung sei wünschenswert. Denn die Löhne und Rohstoffe würden in Deutschland nicht im Verhältnis zu dem niedrigen Wert des Papiergeldes steigen, was für die Ausfuhr Deutschlands ein wahrhaftes dumping sei.

Der Bericht schließt mit der Bemerkung, man könne damit rechnen, daß das Gleichgewicht des ordentlichen Budgets in naher Zukunft wiederhergestellt werde, wenn alle Ausgaben nicht dringender Art ausgeschlossen würden. Man könnte wohl hoffen, wenn auch wohl nicht bei den ersten Versuchen, so doch wenigstens bei den folgenden, daß höhere Einnahmen erzielt würden. Es scheine ebenfalls, daß das Reich in kurzer Zeit den Verpflichtungen aus dem Vertrage mit Hilfe der Einziehung und ohne Erhöhung der Papiergeldflut nachkommen könne.

Wir haben in letzter Zeit scharfe und eingehende Kritik an der deutschen Steuerwirtschaft geübt. Wir haben nachgewiesen, daß die Erhebung der direkten Steuern bei den Besitzenden fortgesetzt sabotiert worden ist, aber gerade deshalb haben wir das Recht, die völlig falsche und oberflächliche Kritik, die der Bericht der alliierten Sachverständigen enthält, zurückzuweisen. Das ist um so notwendiger, da in letzter Zeit in der französischen bürgerlichen Presse systematisch die Meinung verbreitet wird, daß in Deutschland die indirekten Steuern zu niedrig seien.

während die direkten in ihren hohen Sätzen eines Abbaues bedürften.

In Wirklichkeit ist die Lage der arbeitenden Massen in Deutschland heute eine so elende geworden, daß eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern unerträglich wäre. Dabei sind die Arbeiter aber auch bis jetzt die Hauptträger der direkten Steuern. Es genügt dafür eine einzige Ziffer anzuführen, die Dr. Wirth kürzlich im Steuerausschuß genannt hat. Danach wird der Lohnabzug der Arbeiter und Angestellten in diesem Etatsjahr 6—7 Milliarden bringen. Der gesamte Einkommensteuerertrag wird auf 12 Milliarden geschätzt, sodaß über die Hälfte der wichtigsten laufenden direkten Steuer von den Arbeitern und Angestellten aufgebracht wird!

Warum in Wirklichkeit die Erträge der indirekten Steuern in Deutschland niedrig sind, das zeigen die folgenden Tabellen, die wir der Antwort der deutschen Regierung auf eine Anfrage der Entente der Brüsseler Konferenz entnehmen.

Der Verbrauch an Tabak, alkoholischen Getränken, Zucker, Kaffee, Tee in den Jahren 1913 und 1920 betrug:

	Menge 1913 in Millionen hl	Menge 1920 in Millionen hl	Wert nach Kleinhandelspreisen 1913 in Milliarden Goldmark	Wert nach Kleinhandelspreisen 1920 in Milliarden Papiermark
Alkoholische Getränke:				
Bier	68.8	25.0	2.70	7.59
Branntwein	7.0	1.1	0.78	3.60
Wein	3.0	2.0	0.67	3.90
Zusammen (Menge in reinem Alkohol)	4.5	0.85	4.15	15.00
Tabak:	in Milliarden Stück bei Rauchtabak in 1000 t			
Zigarren	8	4	0.64	3.50
Zigaretten	12	15	0.30	4.10
Rauchtabake	26.5	15	0.06	0.38
Zusammen	—	—	1.00	7.98[1])
	in 1000 t			
Zucker	1282	860 (990)[2])	0.64	5.60 (8.00)[2])
Kaffee und Tee:				
Kaffee	164	45	0.426	1.800
Tee	4.3	2	0.035	0.10

[1]) Dazu Einfuhr von Zigarren und Zigaretten im Werte von einer Milliarde Papierwert (nach Kleinverkaufspreisen).
[2]) Schätzungsweise für das Jahr 1920/21.

Unter Zugrundelegung einer Einwohnerzahl von 66,6 Millionen für das Jahr 1913 und rund 61 Millionen für das Jahr 1920 ergeben sich als Verbrauch und Aufwand auf den Kopf der Bevölkerung die folgenden Zahlen:

	Menge 1913	Menge 1920	Wert 1913	Wert 1920
Alkoholische Getränke:	in Litern		in Goldmark	in Papiermark
Bier	103.3	41.0	40.5	123.0
Branntwein	10.5	1.8	11.7	59.0
Wein	4.5	3.3	10.1	63.9
Zusammen (Menge in reinem Alkohol)	6.8	1.4	62.3	245.9
Tabak:	in Stück bei Rauchtabak in kg			
Zigarren	120	66	9.6	57.4
Zigaretten	180	246	4.5	67.2
Rauchtabak	0.398	0.246	0.9	6.2
Zusammen	—	—	15.0	130.8[1])
	in kg			
Zucker	19.2	14.1 (16.2[2])	9.6	91.8 (131.1)[2])
Kaffee und Tee:				
Kaffee	2.5	0.7	6.4	29.5
Tee	0.065	0.033	0.5	1.6

[1]) Dazu rund 16,4 M. für eingeführte Zigarren und Zigaretten.
[2]) Schätzungsweise für das Betriebsjahr 1920/21.

Der Alkoholkonsum ist besonders stark zurückgegangen; er beträgt nur noch etwa 20 Prozent des Vorkriegsbedarfs. Auch der Tabakverbrauch hat eine starke Verminderung erfahren. Eine direkte Verschlechterung der Ernährung bedeutet vor allem der Rückgang des Zuckerkonsums. Unter diesen Umständen ist es wirklich ein starkes Stück, noch eine Erhöhung der indirekten Steuern auf diese Konsummittel zu verlangen. Ihr geringer Ertrag erklärt sich nicht aus ihrer Niedrigkeit, sondern aus dem außerordentlich starken Konsumrückgang, der ein untrügliches Zeichen des Massenelends ist.

Kuhhandel

Mit erfrischender Offenheit nennt die „Deutsche Zeitung" die jetzt von den Regierungsparteien geführten Verhandlungen mit den Deutschnationalen und den Rechtssozialisten einen „aus Angst und Schläue geborenen Kuhhandel". Demgegenüber stellt das nationalbolschewistische Blatt die Parole auf, die Parteien von Hergt bis Ledebour müßten sich vereinigen um eine „Diktatur der nationalen Verteidigung" zu errichten. Ueberflüssig, zu sagen, daß dieser groteske Gedanke des Herrn Maurenbrecher nur humoristisch wirken kann. Die Kritik jedoch, die er an den Mehrheitsparteien übt, trifft ins Schwarze. Das, was jetzt hinter den Kulissen sich abspielt, ist nichts weiter als ein Kuhhandel gerissener Parteischieber und -taktiker, die die außenpolitische Krise für ihre Fraktionszwecke auszuschlachten suchen.

Wie der „Lokalanzeiger" mitteilt, hat die deutschnationale Fraktion vorgestern abend einen Brief an den Vorsitzenden der vollsparteilichen Fraktion, Dr. Stresemann, gerichtet, in dem die „Mißverständnisse", die sich bei den bisherigen Verhandlungen ergeben haben, bedauert werden. Es finden nun weitere Besprechungen zwischen den beiden Rechtsparteien statt, bei denen die Deutschnationalen ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Koalitionsregierung zu erkennen gegeben haben. Das Zentrumsorgan „Germania" betrachtet allerdings die Frage der Kabinettserweiterung zur Zeit als nicht dringlich. Es könnten natürlich bei einer weiteren Entwicklung der durch die Pariser Beschlüsse geschaffenen außenpolitischen Lage Umstände eintreten, die „eine Erweiterung des Kabinetts unumgänglich machen werden, die aber nur dann Erfolg versprechen könnten, wenn sie auch die Mehrheitssozialdemokratie umfassen würde".

Auch in den Kreisen der Deutschen Volkspartei wirbt man um die Gunst der Rechtssozialisten, deren Stellung in der Reparationsfrage große Genugtuung bei den Volksparteilern geweckt hat. Man hofft dort, wie der „Lokalanzeiger" mitteilt, „gewisse Abmachungen" mit den Rechtssozialisten schließen zu können und für die Zeit der jetzt schwebenden außenpolitischen Fragen eine Art von Burgfrieden von Hergt bis Scheidemann herzustellen.

Interessant ist demgegenüber die Haltung der Rechtssozialisten. Wie der „Vorwärts" erklärt, würde die Sozialdemokratische Partei, ohne Rücksicht auf Wahltaktik, an jedem Tage wieder in die Regierung eintreten, an dem sie zu der Ueberzeugung käme, daß sie dem deutschen Volke damit helfen könne.

„Sie kann das aber nicht, indem sie die Mitverantwortung für eine Politik übernimmt, die zum geringsten Teil die ihre und zum größten Teil die Politik der bürgerlichen Parteien, namentlich der monarchistischen Deutschen Volkspartei sein würde. Deshalb zieht es die Sozialdemokratische Partei vor, ihre freie Stellung außerhalb der Regierungskoalition zu bewahren. Sie glaubt durch sie dem deutschen Volke unter den gegenwärtigen Umständen mehr nützen zu können als durch die Uebernahme einiger Ministerportefeuilles."

Wir lassen es dahingestellt, ob diese stolze Ablehnung von langer Dauer sein wird und ob nicht die Sehnsucht nach einigen Ministerportefeuilles schließlich doch über die Rücksicht auf die Stimmung der proletarischen Massen siegt. Aber die jetzige Erklärung des „Vorwärts wollen wir festhalten, denn aus ihr ergibt sich die denkbar schärfste Verurteilung der rechtssozialistischen Koalitionspolitik, die in der Tat, nach den Worten des „Vorwärts", „zum größten Teil die Politik der bürgerlichen Parteien" war. Sie bestätigt auch die Richtigkeit der Politik unserer Partei, die von den Rechtssozialisten jahrelang auf das heftigste bekämpft worden ist.

Zufälligerweise . . .

Fritz Ebert feiert heute seinen 50. Geburtstag. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" widmet ihm, wie sich das gebührt, eine recht frostige Geburtstagsgratulation, deren Temperatur der politischen Stellung dieses Stinnesorgans entspricht. Herzlicher ist die Gratulation des „Vorwärts" ausgefallen, der, allerdings an unauffälliger Stelle, dem „altbewährten Genossen Fritz Ebert, der zufälligerweise zurzeit Präsident der Republik ist", seinen Glückwunsch ausspricht. Die gute Absicht des „Vorwärts" in allen Ehren! Es ist aber wirklich nicht hübsch von ihm, daß er seinen Präsidenten ausgerechnet an seinem Geburtstage an die „Zufälligkeiten" seiner Laufbahn erinnert.

Ueberschichten und Lebensmittellieferung im Ruhrbergbau

Der Bergarbeiterverband wandte sich nach einer Essener Meldung der „T. U." in einer längeren Auslassung gegen die Forderungen der Betriebsrätekonferenz der Arbeiter-Union in Gelsenkirchen. Er lehnt die dort gestellten Lohnforderungen als unberechtigt ab. In der Ueberschichtenfrage verhehlt sich der Verband nicht, daß eine Reihe von Zahlstellen, Belegschaftsversammlungen und Bezirkskonferenzen sich gegen weitere Ueberschichten ausgesprochen haben, erklärt aber, daß eine endgültige Stellungnahme hierzu noch nicht erfolgt sei, mit der Regierung seien Verhandlungen eingeleitet, die bezwecken, daß die Abgabe von Lebensmitteln und sonstigen Zuwendungen an die Bergarbeiter nicht mehr durch die Zechen, sondern durch die Konsumgenossenschaften erfolgen soll. Diese Neuregelung wird am 1. März in Kraft treten.

Henderson über Irland

TU. Amsterdam, 4. Februar.

In einer Rede, die der britische Arbeiterführer Henderson über Irland hielt, kritisierte er die Lage dortselbst in schärfsten Worten. Die Behandlung, die dem irischen Volke zuteil wird, so sagte er, hat ihresgleichen nicht in der Geschichte irgend eines demokratischen Landes. Die Lage in Irland wird von einer Politik von hunnischem Terrorismus beherrscht, die in dem großen Weltkrieg nicht übertroffen worden ist. Die britische Regierung hält sich an das Prinzip, daß ein irischer Bürger schuldig ist, wenn er nicht unmittelbare Beweise seiner Unschuld erbringen kann. Die Koalition ist nicht imstande gewesen, ein System einzuführen, das Irland den Frieden bringen könnte.

Ein schwerwiegender Druckfehler. Im Originalwortlaut der Ententenote ist nur das Verbot der militärischen und maritimen Luftschiffahrt ausgesprochen, nicht der zivilen. Durch eine Note an das Auswärtige Amt ist dieser Fehler, der sich in den gedruckten Originaltext eingeschmuggelt hat, berichtigt worden.

Das Endergebnis der Berliner Studentenwahlen sind 6231 abgegebenen Stimmen unter 12 000 Studierenden. Es gaben demnach 51,98 Prozent ihre Stimmen ab. Die im Hochschulring Deutscher Art vereinigten Gruppen erhielten 4005 Stimmen, als stärkste Gruppe ging die Deutsche Finkenschaft mit 1614 Stimmen aus dem Wahlkampfe hervor. Die Verteilung der einzelnen Gruppen auf die 100 Sitze regelt sich wie folgt: Waffenring 21, Deutsche Finkenschaft 27, Deutsche Gruppe 18, jung-studentischer Ring 5, Deutscher Hochschulbund 9, Berliner Hochschulgruppe 5, Deutsche Studenten jüdischen Glaubens 4, Zionistische Gruppe 5, Sozialisten 4, Kommunisten 1 und Asta-Gegner ebenfalls 1.

Ukrainische Parlamentstagung in Wien. Gegenwärtig tagt in Wien ein interessantes Parlament, die ukrainische Rada. Sie besteht aus 75 Mitgliedern, die aus der Westukraine, Ostukraine und dem Don-Gebiet nach Wien gekommen sind. Unter den Abgeordneten dieses eigenartigen Parlaments bemerkt man viele Persönlichkeiten sowohl aus dem gewesenen zaristischen Rußland, als auch aus dem ehemaligen österreichischen Reichsrate. Die Dauer der Verhandlungen ist für acht Tage anberaumt.

Die Sicherheit des Fliegens

Von Ing. Alexander Büttner

Trotz der gewaltigen Entwicklung, die das Flugwesen während der Kriegsjahre erfuhr, ist das eigentliche Wesen der Fliegerei immer noch viel zu wenig in die Kreise der Laien eingedrungen. Noch vielfach sieht der Fernerstehende im Flugzeug etwas Wunderbares, eine abenteuerliche Erfindung, die auf kein gutes Ende hinausläuft. Selbst unter Gebildeten findet man heute noch die irrigsten Ansichten über das Fliegen und die dabei möglichen Gefahren. So kommt es, daß heute noch dem Luftverkehr in weiten Kreisen wohl reges Interesse entgegengebracht wird, daß aber ein wirkliches Verständnis für die Technik des Fliegens nicht vorhanden ist; das Flugzeug gilt immer noch als ein recht unsicheres, gefährliches Verkehrsmittel. Und das tatsächlich zu Unrecht, denn die heutzutage im Luftverkehr des In- und Auslandes verwendeten Flugzeuge sind bereits derartig betriebssicher, daß nach menschlichem Ermessen eine Absturzgefahr bei normalen Flügen durch Materialbrüche oder Defekte so gut wie ausgeschlossen ist.

In welch hohem Maße sich die Betriebssicherheit des Luftverkehrs im Verlaufe der Jahre ununterbrochen und ganz auffallend gebessert hat, so daß sie jetzt schon die anderer Schnellverkehrsmittel erreicht oder sogar übertrifft, beweisen die leider nur in geringer Anzahl vorhandenen Statistiken ganz offensichtlich, und es erscheint zweckmäßig, sich die darin enthaltenen Tatsachen einmal deutlich zu vergegenwärtigen.

Mit einem gewissen Entsetzen vernahm man Ende des Jahres 1911, daß der Flugsport bereits über 100 Opfer gefordert hatte; man vergaß dabei aber vollständig, daß sich diese so hoch erscheinende Zahl aus sämtlichen, während der ersten 15 Flugjahre (1896—1911) sich im Fliegen betätigenden, vielfach gar nicht ausgebildeten Fliegern zusammensetzte. Schon damals also war es ein krasses Unrecht, die Zahl 100 als so ungeheuerlich groß in den Vordergrund zu stellen, wie das mit Vorliebe von denen geschah, die im Flugzeuge nur eine Mordmaschine erblickten und aus dieser Anschauung heraus die von Tag zu Tag sich steigernden und überbietenden Fortschritte der Flugtechnik ganz übersahen. Dem Fachmann hätte im Gegenteil auffallen müssen, daß in einer Zeit, in der man noch über gar keine oder ganz wenig praktische Erfahrungen und deshalb auch über keine Lehrmeister verfügte, so wenig Unglücksfälle vorgekommen sind wie in diesen allerersten Flugjahren. Und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß hier, wie auch sonst im menschlichen Leben, die Unkenntnis und der Mangel an Erfahrung mehr zur Sorgfalt, Vorsicht und Gewissenhaftigkeit ermahnt hat als in späteren Jahren, wo jedermann, der über das erforderliche Lehrgeld verfügte, sich nach Erlegung desselben die sauer gesammelten Erfahrungen erprobter Lehrmeister zunutze machen konnte. Die regelrechte Ausbildung von Flugzeugführern begann ja erst, als in den Jahren 1908/09 die Flugzeugindustrie entstand, sie schuf dann auch den Flugsport, und von diesem neuen Entwicklungsstadium ab mehrten sich die Unglücksfälle und Todesstürze von Jahr zu Jahr. So fällt in das Jahr 1908 nur 1 Todesfall, 1909 ereigneten sich schon 3 Todesstürze, 1910 zählte man bereits 30, 1911 etwa 70 und 1912 über 100. Nun muß man aber auch in Rechnung ziehen, daß sich im Verlauf dieser Jahre auch die Anzahl der Flieger, Flüge, Flugzeiten und Flugkilometer ganz erheblich vergrößert hat, und man bekommt schon ein wesentlich anderes Bild, wenn man die Anzahl der Todesfälle auf die Anzahl der jeweils geflogenen Kilometer verteilt. Dann ergibt sich nämlich, daß 1908 ein Todessturz auf rund 1800 Kilometer, 1909 ein Todesfall auf 18 000 und 1912, also im letzten Friedensflugjahre vor dem Kriege, ein Todesfall erst auf 180 000 Flugkilometer kam.

Schon diese wenigen Zahlen dürften schlagend beweisen, daß die Sicherheit des Fliegens bereits vor dem Kriege hochentwickelt war. Daß sie jetzt, nachdem das Flugwesen während der Kriegsjahre einen solch ungeheuren Aufschwung erlebt hat, noch ungleich größer geworden ist, darf als selbstverständlich gelten und läßt sich auch wieder aus den statistischen Angaben ersehen, wie sie von einigen Luftverkehrsunternehmungen veröffentlicht wurden. So wurden beispielsweise vom Mai bis Oktober 1919 auf den innerenglischen Strecken sowie den Strecken London—Amsterdam, London—Brüssel usw. im ganzen 560 000 Kilometer in 4000 Flugstunden während 21 000 Flügen und mit Beförderung von 52 000 Fluggästen zurückgelegt, wobei sich nur 13 Unfälle, darunter zwei schwerere, ereigneten. Hieraus ergibt sich die vertrauenerweckende Tatsache, daß erst auf je 5200 Fluggäste ein Verletzter kommt bezw. auf 1892 Flüge oder 43 080 Flugkilometer ein Unfall und auf 10 500 Flüge oder 280 000 Kilometer ein schwerer Unglücksfall.

Eine andere englische Statistik gibt ganz ähnliche Zahlen an, nämlich, daß während eines neunmonatigen Betriebes (vom 1. Mai bis 31. Dezember 1919) insgesamt 35 330 Flüge ausgeführt wurden, wobei 954 137 Kilometer zurückgelegt und 64 414 Fluggäste befördert worden sind; dabei ereigneten sich nur 18 Unglücksfälle mit 5 Toten und 6 Verletzten, wobei 4 Tote und 6 Verletzte auf Flugzeugführer und 1 Toter und 10 Verletzte auf Fluggäste kamen. Ebenso günstige Daten zeigen auch die Angaben der Deutschen Luftreederei über die Flüge des Jahres 1919. Danach wurden vom Februar bis zum Juli von den Flugzeugen 1430 von 1532 angesetzten Flügen, also 93 Prozent, glatt durchgeführt, und nur 72, also 4 Prozent, mußten aus technischen oder Witterungsgründen unterbrochen werden sowie 30 weitere Flüge, also 2 Prozent, ganz ausfallen. Bezüglich der ausgeführten Sonderflüge stellten sich diese Zahlen noch günstiger, nämlich auf 96,5 Prozent, 2,4 Prozent und 1,1 Prozent. Die im ganzen während dieser Flüge zurückgelegte Kilometerzahl betrug 556 155. Auch diese durchaus zuverlässigen und klaren Angaben lassen erkennen, daß die Gefahren des Luftverkehrs gegen die Zeiten vor dem Kriege und während desselben ganz verschwindend gering geworden sind.

Das ist auch eine ganz natürliche Folge der Entwicklung dieses Verkehrswerkzeugs. Unzählige der ehemals für den Flieger möglich gewesenen Gefahrquellen sind allmählich beseitigt und gänzlich ausgeschaltet worden. Denn das Flugzeug von heute und sein Motor müssen, bevor sie für den allgemeinen Gebrauch, besonders für den öffentlichen Verkehr freigegeben werden, eine Reihe von Belastungs- und ähnlichen Proben bestehen, die für den Flug die Gewähr für die Festigkeit der Bauart, das einwandfreie Arbeiten der Steuerorgane und die Zuverlässigkeit des Motors geben. All die zahlreichen Prüfungen, wie sie im Verlaufe des Krieges entwickelt und festgelegt wurden, werden auch vom Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen zukünftig für die Zulassungserlaubnis gefordert. Hierdurch ist die Gefahr von Flügelbrüchen, wie sie sich noch bis 1916 bei leichten Kampfeinsitzern ereignet haben, oder die Möglichkeit einer Beschädigung irgendwelcher flugwichtiger Teile während des Aufenthalts in der Luft nach menschlichem Vermögen auf ein Mindestmaß herabgedrückt. Gerade die Entwicklung der Flugmotoren hat besonders in Deutschland bedeutende Fortschritte gemacht, man ging Wege, die sich für die Zuverlässigkeit des allgemeinen Luftverkehrs jetzt als sehr nützlich erweisen; denn mögen die deutschen Motorenbauarten auch vielfach schwerer als die meisten ausländischen von gleicher PS-Zahl sein, ihre Arbeitsweise ist doch unbedingt sicherer. Das haben Vergleichsflüge und vergleichende Bremsproben gezeigt. Diese Betriebssicherheit unserer deutschen Flugmotoren beweist aber wiederum eine Zusammenstellung der Deutschen Luftreederei, die durchschnittlich erst auf je 15 000 Flugkilometer eine Panne errechnet.

Selbstverständlich werden zukünftig und auf alle Zeit hinaus Flugunfälle, kleinere Betriebsstörungen sowie Notlandungen in der Geschichte des Flugwesens bestehen bleiben, aber solche Zwischenfälle, seien sie durch Witterungseinflüsse (Regen, Nebel) oder Störungen an der Maschine hervorgerufen, sind bei jedem Sport und bei jedem Schnellverkehrsmittel nie ganz auszuschaltende Faktoren. Immerhin muß auch weiterhin versucht werden, denselben zu begegnen und für die Zukunft eine immer weitere Steigerung der Flugsicherheit zu erzielen, damit die heute noch bestehenden, allerdings nur wenigen Möglichkeiten, durch die Unfälle herbeigeführt werden können, möglichst beseitigt werden.

An die erste Stelle rückt jetzt für den friedlichen Luftverkehr die Forderung nach Flugsicherheit, nach Zuverlässigkeit von Flugzeug, Motor und Führer. Dann kommt die Frage: Verwendung von Mehrmotorenflugzeugen, bei denen ein Teil der Maschinen bei Ausfall eines Motors die Kraft zum Weiterflug allein liefern kann. Die allgemeine Flugsicherheit kann aber auch erhöht werden durch Ausrüstung der Verkehrsflugzeuge mit eigenem Sanitätsmaterial, mit Rettungsfallschirmen, mit Funkentelegraphie zur Signalgebung und Ortsbestimmung, mit Leuchtpistolen zur Verständigung, sowie durch Anbringung von Positionslichtern für Nachtflüge. Auch der Ausbau der Flugstraßen, Flug- und Notlandeplätze wird zur weiteren Verbesserung der Flugsicherheit beitragen.

Die Forderung nach Vergrößerung der Zuverlässigkeit und nach Unfallverminderung beim Fliegen spiegelte sich auch in dem einen deutschen, von der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt und in zahlreichen vom Ausland ausgeschriebenen Wettbewerben wider. In diesen Ausschreibungen findet man Forderungen nach Erfindungen von Sicherheitsvorkehrungen für das Landen, nach weitester Regulierung der Fluggeschwindigkeit, dann Wettbewerbe für Mehrmotorenflugzeuge. Auch gewisse Wettbewerbe für Flugzeugeinrichtungen zielen in ihren Bedingungen offensichtlich auf

Gewerkschaften und Sowjetbureaukratie

Im Streit um das Verhältnis der Gewerkschaften zur Kommunistischen Partei und in der Abwehr gegen die Belehrungen Losowskys, der den deutschen Gewerkschaften einreden wollte, die russischen Gewerkschaften und ihre Methoden seien in allen Dingen das große Beispiel für die deutsche und westeuropäische Gewerkschaftsbewegung, ist von uns mehrfach hervorgehoben worden, daß die Gewerkschaften in Rußland nur noch Organe der Sowjetbureaukratie sind. Wir haben sie deswegen nicht beschimpft, wie es die angenehme Gewohnheit der anderen Seite uns und den Amsterdam angeschlossenen Gewerkschaften gegenüber ist, sondern nur gefolgert, daß die Stellung der russischen Gewerkschaften nicht verglichen werden könne mit der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und Westeuropa, die völlig andere Funktionen und darum auch andere Methoden haben muß, als die unter dem Bolschewismus so eigenartig entwickelte russische Gewerkschaftsbewegung.

Unsere Darlegung ist bestritten worden. Losowsky und seine deutschen Schüler behaupteten wiederholt, die Gewerkschaften beständen in Rußland völlig unabhängig von der Sowjetbureaukratie. Wie sich jetzt herausstellt, wider besseres Wissen. In Rußland selbst macht sich nämlich eine Oppositionsbewegung gegen die staatliche Bevormundung der Gewerkschaften bemerkbar.

Trotzki erstrebt die sofortige Verstaatlichung der Gewerkschaften. Gegen diesen Versuch wendet sich ein Entwurf, der dem bevorstehenden 10. Kongreß der russischen kommunistischen Partei zum Beschluß vorgelegt werden soll. Er ist von Lenin, Sinowjew, Tomsky, Kalinin, Kamenew und anderen unterzeichnet und sagt, daß Lenin und einige seiner Anhänger von den Absichten Trotzkis ein weiteres Anwachsen der Gegenbewegung befürchten, die sich bereits jetzt gegen die allzu weitgehende staatliche Bevormundung der russischen Gewerkschaften erhoben hat. Womit von berufener Seite zugestanden wird, daß eine solche Bevormundung stattfindet. Alle unsere Schlußfolgerungen aus dieser bisher bestrittenen Tatsache erweisen sich somit als richtig, und es zeigt sich sogar, daß selbst die russischen Gewerkschaften anfangen, sich in diesem Verhältnis unbehaglich zu fühlen.

Wie scharf die Gegensätze in dieser Frage bereits sind und wie energisch große Teile der russischen Gewerkschaften sich bereits gegen die Bevormundung durch die Sowjetbureaukratie nicht nur, sondern auch durch die Kommunistische Partei zur Wehr setzen, zeigen die folgenden Vorgänge:

Die Petersburger Organisation der russischen kommunistischen Partei hat einen Brief über die Aufgaben der Gewerkschaften veröffentlicht, worin die von Trotzki eingenommene Haltung in sehr heftiger Form kritisiert wird. Die Petersburger Kommunisten fordern die Parteizweigstellen in der Provinz auf, nur solche Genossen auf den bevorstehenden 10. Parteikongreß zu entsenden, die den Standpunkt des Zentralkomitees der Partei anerkennen. Das Moskauer Parteikomitee hat hierauf einen Beschluß gefaßt, in welchem die Schärfe des Petersburger Briefes gerügt und hervorgehoben wird, daß die Leitung der Vorbereitungen zum Parteikongreß ausschließlich dem Zentralkomitee der Partei zustehe.

In dem Entwurf Lenins und seiner Anhänger heißt es: Der Schwerpunkt der Arbeit der Gewerkschaftsverbände müsse gegenwärtig in das Gebiet des Organisations- und Wirtschaftsprogramms der russischen kommunistischen Partei verlegt werden. Der Organisationsapparat der verstaatlichten Industrie muß sich in erster Linie auf die Gewerkschaftsverbände stützen. Im Augenblick ist es notwendig, daß die Gewerkschaftsverbände sich unmittelbarer an der Produktion beteiligen und zwar nicht nur dadurch, daß sie ihre Mitglieder in die Wirtschaftsorgane abkommandieren. Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaftsverbände Sowjetrußlands bleibt ihre Rolle als Schule des Kommunismus. Eine plötzliche Verstaatlichung der Gewerkschaftsverbände wäre ein großer politischer Fehler, eben deshalb, weil sie die Gewerkschaftsverbände im derzeitigen Stadium ihrer Entwicklung an der Erfüllung ihrer Hauptaufgaben hindern würde. Die russische kommunistische Partei leitet zweifellos die ganze ideelle Seite der Arbeit der Gewerkschaftsverbände. Der Entwurf schlägt jedoch dem 10. Kongreß vor, die Parteiorganisationen vor einer Einmischung in die laufenden Arbeiten der Gewerkschaftsverbände zu warnen. Eine Hauptaufgabe der Gewerkschaftsverbände ist die Stärkung des ideellen und organisatorischen Einflusses des städtischen Proletariats auf die werktätige Bauernschaft und die Erziehung derselben im Sinne der proletarischen Disziplin durch Bildung allgemein gewerkschaftlicher Sekretariate in den Gemeinden, Ortschaften und Dörfern.

Diese Auseinandersetzungen beweisen aber, daß zwischen der Auffassung Trotzkis und der Lenins und seiner Anhänger nur graduelle Unterschiede bestehen. Auch die in dem Entwurf Lenins enthaltenen Darlegungen über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung im Sowjetstaat zeigen aufs neue, daß die Gewerkschaften in Rußland durch starke Rücksichten auf das Staatswesen gebunden sind. Auch der entscheidende Einfluß der Partei wird betont. Das zeigt wiederum, daß das Verhältnis der Gewerkschaften zum gesamten Gesellschaftsleben ein völlig anderes ist als in Westeuropa. Wenn Lenin eine allzu straffe Bevormundung der Gewerkschaften zur Zeit noch ablehnt, so, wie aus der ganzen Situation deutlich hervorgeht, vorwiegend aus taktischen Rücksichten und Erwägungen der politischen Klugheit, weniger aus grundsätzlichen Bedenken. Da wir für Deutschland und Westeuropa eine derartige Einstellung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ablehnen müssen, sind wir auch gezwungen, die sich daraus ergebenden Arbeits- und Organisationsmethoden als unannehmbar für die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung zurückzuweisen.

Nach neueren Nachrichten aus Rußland hat Lenin sogar gegen zwei Fronten zu kämpfen. Sowohl gegen Trotzkys allzu starre Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Sowjetgewalt, wie gegen eine stark in Erscheinung tretende syndikalistische Strömung, die sich als Reaktion auf die Abhängigkeit der Gewerkschaften von der Staatsgewalt entwickelt hat und nun an Anhängern gewinnt, geht sein Kampf. Aus einem Artikel Lenins in der „Prawda" geht das hervor.

Lenin gibt in seinem Artikel eine Geschichte des Konflikts. Es stehen sich als äußerste Flügel im Streit die Richtungen Trotzkys und Schljapnikows gegenüber. Schljapnikow vertritt die sogenannte „Arbeiteropposition", die sich auf die breiten Massen jener gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stützen will, welche, durch die militärischen und diktatorischen Methoden der Beeinflussung der Gewerkschaften von oben her zur Opposition veranlaßt, eine sofortige Uebergabe des wirtschaftlichen Staatsapparats an die Gewerkschaften verlangen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, hat Trotzky seine Thesen aufgestellt, welche im Gegensatz dazu die Gewerkschaften ganz unter den Einfluß der kommunischen Partei und der wirtschaftlichen Sowjetbehörden bringen, sie mit ihnen verschmelzen und ihnen dann die Produktion übergeben wollen. Trotzky hat durch sein Hervortreten den Streit erst recht entfacht und, wie Lenin ihm vorwirft, eine „Fraktionsbildung" innerhalb der Partei hervorgerufen. Auch die syndikalistische Opposition ist nur noch stärker angewachsen. Sie wird jetzt verstärkt durch verschiedene weitere Gruppen, wie die Gruppe des „demokratischen Zentralismus" unter Saptonow, Ossinski u. a., und die Gruppe Ignatows. Diese Gruppen wetteifern, nach Lenin, darin, welche von ihnen den parteilosen Arbeitern die meisten Rechte verspreche. Lenin selbst ist zwar bereit, der „Arbeiteropposition" gewisse Zugeständnisse zu machen, bekämpft aber sowohl die syndikalistischen Strömungen, wie die Richtung Trotzkys aufs schärfste. Am gefährlichsten erscheint Lenin jetzt der Standpunkt Bucharin, der sich ursprünglich mit Trotzky verbunden, dann aber ebenfalls eine Wendung zum Syndikalismus vorgenommen hat, indem er verlangt, daß den von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaturen in die entsprechenden staatlichen Wirtschaftsbehörden obligatorischen Charakter tragen sollen. „Dies", sagt Lenin, „ist der vollständige Bruch mit dem Kommunismus und der Uebergang ins Lager des Syndikalismus; es ist die Wiederholung der Schljapnikowschen Parole der „Bergewerkschaftung des Staates", es ist die stückweise Uebergabe des Apparates des Obersten Volksrates in die Hände der entsprechenden Gewerkschaften. . . . Wenn die Gewerkschaften, d. h. zu neun Zehnteln parteilose Arbeiter, die Leitung der Industrie bestimmen, wozu ist dann noch die Partei?" Lenin bezeichnet diese Richtung als eine „prinzipienlose Demagogie" und fordert auf zum Kampf gegen jene „ungesunden Elemente" der Opposition, welche dazu gelangt sind, jede Militarisierung der Wirtschaft, die Methoden der Ernennung von oben her, ja sogar schließlich die führende Rolle der Partei gegenüber der parteilosen Masse zu verwerfen.

Man sieht, die Leute, die sich anmaßen, der ganzen proletarischen Welt ihre toten Formen aufzuzwingen, wissen mit den lebendigen Tatsachen, von denen sie umgeben sind, selber nichts anzufangen.

Lohnbewegung in Oberschlesien

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

Kattowitz, 3. Februar.

Die oberschlesischen Bergarbeiter- und Metallarbeiter-Organisationen, zusammen mit den Angestellten-Gewerkschaften, haben an die Interalliierte Kommission, zu Händen des General Le Rond in Oppeln, folgendes Schreiben gerichtet:

Die Arbeitsgemeinschaft der Berg- und Hüttenarbeiter sowie die ihnen nahestehenden Angestelltenorganisationen haben in einer am 30. Januar stattgefundenen Konferenz feststellen müssen, daß trotz der Stellungnahme der Konferenz vom 12. Dezember und der Eingabe vom 11. Januar 1921 eine Nachprüfung des Materials nicht zugestanden wurde, das der Arbeitgeberverband der oberschlesischen Großindustrie der Interalliierten Kommission zur Bewilligung der beantragten Kohlenpreiserhöhung unterbreitet hat. Es muß weiterhin festgestellt werden, daß nicht einmal eine Beantwortung seitens der Interalliierten Kommission erfolgt ist, worin die Vertreter der Arbeitnehmerschaft eine bis heute beispiellos dastehende Mißachtung erblicken. Es ist daher den Arbeitnehmerorganisationen nicht möglich, der Arbeiterschaft, die sich in Anbetracht der überaus drückenden wirtschaftlichen Lage jetzt im Zustand der Erregung und Verbitterung befindet, klar zu machen, warum eine solche wirtschaftlich tief einschneidende und die Verteuerung begünstigende Maßnahme erfolgt ist. Aus diesem Grunde sind uns von der Arbeitnehmerschaft bestimmte Anträge auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zugegangen, zu denen die heutige Arbeitnehmer-Konferenz Stellung genommen hat. Das Ergebnis der Konferenz erlauben wir uns, den beiliegenden schriftlichen Antrag an den Arbeitgeberverband zur Kenntnisnahme zu übermitteln. In dieser Anlage an den Arbeitgeberverband der oberschlesischen Bergwerks- und Hüttenindustrie heißt es: Wir beantragen daher, daß die gegenwärtigen Löhne sowie die Gehälter um 30 Prozent erhöht werden. Da die Erregung und die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft im Revier eine sehr große ist, liegt es in aller Interesse, daß in kürzester Frist Verhandlungen stattfinden.

Rechtssozialisten und Volksvertretung

Bei der Beratung des Reichstagsausschusses, welcher die Regierungsvorlage über den Staatsgerichtshof zu prüfen hat, zeigte sich, wie wenig die Rechtssozialisten die wichtigsten Rechte des Volkes wahren. Nach der Regierungsvorlage sollte der Staatsgerichtshof aus einer Anzahl von Präsidenten verschiedener Gerichte gebildet werden. Die Rechtssozialisten beantragten die Mitglieder des Staatsgerichtshofes zur Hälfte vom Reichsrat und Reichstag wählen zu lassen. Genosse Dr. Rosenfeld verlangte dagegen, daß sämtliche Mitglieder des Staatsgerichtshofes vom Reichstag gewählt werden sollen. Er wies auf die Selbstverständlichkeit hin, daß vom Volke gewählte Parlament allein die Mitglieder des Staatsgerichtshofes wählen müsse, und daß der Reichstag solche wichtigen Rechte nicht an den Reichsrat abgeben dürfe. Bei der Abstimmung stimmte nur ein Teil der Rechtssozialisten mit unsern Genossen für das alleinige Recht des Reichstages zur Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Ein Teil der Rechtssozialisten stimmte dagegen. Diese Rechtssozialisten haben damit bewiesen, daß sie noch nicht einmal Demokraten sind, geschweige denn Sozialisten.

Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten trat gestern vormittag zu einer längeren streng vertraulichen Besprechung zusammen, an der der Außenminister Dr. Simons teilnahm.

Bauarbeiter und Wohnungsnot. In der am Donnerstag morgen veröffentlichten Eingabe der freigewerkschaftlichen Organisationen an den Reichstag ist als Summe 1,5 Millionen Mark genannt, die vorschußweise gefordert wird. Das ist ein Druckfehler, es muß natürlich 1,5 Milliarden heißen!

Oeffentliche Wählerversammlungen

Montag, den 7. Februar.

Groß-Lichterfelde. Abends 8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Drakestraße.

Schulaula Reichenberger Straße. Genosse Bachert sprach in der gut besuchten öffentlichen Wählerversammlung über die Preußenwahlen. Sein Referat fand lebhaften Beifall. In der Debatte sprachen natürlich zwei Kommunisten, die aber sowohl von unserm Genossen Grün als auch vom Genossen Bachert in seinem Schlußwort eine gründliche Abfuhr erhielten.

Mariendorf. Eine gut besuchte Wählerversammlung fand gestern abend in der Aula Kaiserstraße statt. Genosse Seger sprach über die Bedeutung der Preußenwahlen und die Grundsätze der U. S. P. und erhielt starken Beifall. In der Debatte sprach neben den unvermeidlichen Kommunisten auch der Bezirksverordnete Hesse, Mitglied der Deutschen Volkspartei. Ihn fertigte der Referent in seinem Schlußwort unter stürmischer Zustimmung der Versammlung besonders treffend ab.

Köpenick. Im gut besuchten großen Saal des Stadttheaters sprach am letzten Mittwoch Genosse Dr. Weyl. In seinen 1½stündigen Ausführungen streifte er die augenblickliche außenpolitische Lage und ging dann zu der Preußenwahl selbst über. Genosse Weyl ließ die Unterlassungssünden der Rechtssozialisten und die reaktionäre Haltung der Bürgerlichen nochmals an dem geistigen Auge der Zuhörer vorbeiziehen; wobei seine sarkastischen und trefflichen Worte des öfteren von starkem Beifall unterbrochen wurden. In der Diskussion sprach von der VKPD. Holzfeller in durchaus sachlicher Weise. Seine Ausführungen wichen unwesentlich von dem Referat Weyls ab und erklärte er in vielen Dingen seine Uebereinstimmung mit der des Referenten. Im Schlußwort wies Genosse Weyl einige Angriffe zurück und schloß mit der begeistert aufgenommenen Mahnung am 20. Februar seine Pflicht für die USP. und den revolutionären Sozialismus zu tun. Seit langer Zeit war dies wieder eine sachliche und damit der Sache des Proletariats dienende und fördernde Versammlung.

Aus der Parteipresse

Die soeben erschienene Nr. 4 der von Dr. Rud. Breitscheid herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenschrift „Der Sozialist" enthält folgende Beiträge: Ein internationaler Einigungsversuch von A. Stein; Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England von Tony Breitscheid; Der irische Krieg von einem Engländer; Der Parteitag der lettischen Sozialdemokratie von A. Osolin; Die Parteikrise in der Tschechoslowakei von J. Bečina.

„Der Sozialist" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Breitscheid, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährlich 15 M., Einzelnummer 1,50 M., zu beziehen.

Ausgleichende Gerechtigkeit auf politischem und sozialem Gebiet ist eine Forderung, die — leider Gottes — noch immer ihrer Lösung harrt. Ausgleichende Richtigstellung des Sehvermögens, eine Forderung, die — Gott sei Dank — tatsächlich erfüllt ist und zwar durch den „Lohmann-Kneifer". Keine „Vergasung" der öffentlichen Meinung durch den blauen Dunst narkotisch wirkender Inseratt, sondern Beweise für alle Welt durch die kristallklare Wahrheit der Tatsache an sich.

Jedermann, sofern nur reif er,
trägt allein den „Lohmann-Kneifer".

Prospekt 14 wird gern kostenfrei und unverbindlich zugesandt.

eine Erhöhung der Flugsicherheit ab; in ihnen wird u. a. verlangt: Feuerschutz der Fliegenden, Feuersicherheit der Maschine, Sonderanordnung der Betriebsstoffleitungen, Bruchsicherheit derselben, Zugänglichkeit zu wichtigen Organen, besonders bezüglich der Motoren, Beseitigung gefährlicher Schwingungen, beste Wirksamkeit und einwandfreier Gang der Steuer, großes Gesichtsfeld des Führers, bequeme Instrumentenanordnung, leichter Ein- und Ausstieg, Schutz der Fliegenden vor Luftzug, Witterung und Kälte usw.

Sicherlich werden alle diese Forderungen im weiteren Verlaufe des Ausbaus der Verkehrsflugzeuge über kurz oder lang auch erfüllt sein. Und da heute schon die Sicherheit des Fliegens sehr hoch ist, wird sich auch in nicht allzuferner Zeit selbst der schlimmste und ängstlichste Skeptiker mit absoluter Ruhe und dem größten Vertrauen dem Flugzeug zur Luftbeförderung anvertrauen.

Der Spaziergang des Elefanten. In einer schönen Sonnabendnacht in Holländisch-Indien, so lesen wir im „Soerabaja Handelsblad", begab sich eine vergnügte Gesellschaft nach Hause. Zwei Uhr des Nachts, kein Wagen, kein Omnibus war zu sehen. Man muß zu Fuß gehen. Halbwegs Djèbres (ein Vorort von Soerabaja) gewahrt die Gesellschaft eine graue Masse auf sich zukommen. Anfängliche Zweifel hinsichtlich ihrer Natur lösen sich bald: es ist ein Elefant! Und zwar war es der junge Elefant aus dem Stadtpark, der sich durch das schöne Wetter hatte verleiten lassen, einen kleinen Spaziergang zu machen. Zum Glück waren nur wenige Menschen um diese Stunde auf den Straßen; soweit es Eingeborene waren, nahmen sie schleunigst Reißaus. Das Tierchen schien deshalb recht erfreut, endlich Gesellschaft zu finden und schloß sich der Partie sogleich mit einem Freudengeheul an. Schnellaufen half nichts, Stehenbleiben erst recht nichts. Allgemeine Belustigung! Ein Polizeiposten versucht das lästige Tierchen zu verjagen, doch die tapferen Wächter der Sicherheit hatten keinen Erfolg. Also weiter! Das Elefantchen tippelte frisch und fröhlich mit, und war nicht weg zu kriegen. Man beschloß, es auf ein Grundstück zu locken, das Tor zu schließen und es dort als Geschenk zu belassen. Das kluge Tier ging aber nicht hinein und stellte sich so in das Tor, das man es nicht abschließen konnte. Endlich kam die Familie an ihre Villa von Djèbres, und einer von der Gesellschaft von heiligem Feuer für die gute Sache erfüllt, beschloß, voll Todesverachtung ein Ende vorauszulaufen, so daß der Elefant ihm folgen sollte, während die andern in den Garten liefen und ihm die Tür offen hielten. Das Manöver glückte. Als alle drinnen waren, und das Tier zum Bewußtsein kam, daß es gefoppt war, begann es erbärmlich zu heulen und hielt die Geretteten noch ein ganze Weile wach. Wo der freundliche Dickhäuter schließlich hingekommen ist, wurde nicht bekannt.

Marionetten-Oper. Ein großer künstlerischer Erfolg war die gestrige Opernaufführung auf der Marionettenbühne des Jugendamts Neukölln. Die Darbietungen der Künstler gefielen ungemein; das Publikum kargte denn auch nicht mit seinem Beifall, der zuweilen auf offener Szene einsetzte. Die Vorstellung wird Freitag und Sonnabend im Lyzeum, Berliner Straße 10, wiederholt. Gegeben wird wieder: „Bastien und Bastienne" von Mozart, „Das Mädchen von Elizondo" von Offenbach und „Ein lustiges Trauerspiel für Marionetten".

Studenten-Statistik. Aus der jetzt abgeschlossenen Statistik der Hochschulen Berlins ist zu ersehen, daß die Zahl der Studierenden etwas zurückgegangen ist. An der Universität sind in diesem Semester 12 532 Männer und Frauen immatrikuliert, während es im vorigen Winter 14 305 waren. Der Rückgang, der bei der Ueberfüllung akademischer Berufe an und für sich zu begrüßen wäre, ist aber mehr auf Abgänge und Streichungen als auf eine sinkende Zahl von Immatrikulationen zurückzuführen. Die Zahl der Personen, die einen Erlaubnisschein zum Hören erhalten haben, ist von 1087 Männern und 288 Frauen auf 1720 Männer und 377 Frauen gestiegen. An allen Hochschulen Berlins studieren zusammen 18 122 Männer und 2028 Frauen, zusammen 20 150 Personen.

Rudolf Christians, ein lange beim Publikum beliebtes früheres Mitglied des Schauspielhauses ist in New-York gestorben.

Tages-Notizen

Veranstaltungen von Neukölln. Das Programm für Februar enthält vorwiegend musikalische Veranstaltungen. Sonntag, den 6. Februar, wird der Opernsänger Cappizzi einen Arien- und Liederabend geben. Am 13. gastiert das Wagholter-Quartett. Am 20. d. Mts. gibt Hermann Boetticher vom Staatstheater einen Rezitationsabend und am 27. Februar, wird der Chor der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche unter Mitwirkung der Cellistin Sela Tran ein Konzert geben.

Proletarisches Theater. Die Organisation hat sich entwickelt und umfaßt bereits ganz Berlin, Spandau und Eberswalde. Für Februar werden unter dem Titel „Wie lange noch bürgerliche Gerechtigkeit?" verschiedene Veranstaltungen stattfinden. Aufgeführt wird das Drama „Wie lange noch" von Franz Jung am 6. Febr., 3 Uhr, Volgt-Theater, Badstr. 39; 12. Febr., 7 Uhr, Lichtenberg, Schulaula Marktstr. 2; 13. Febr., 7 Uhr, Kilem, Hasenheide 13. Karten 4 Mk., Arbeitslose 1 Mk. Mitglieder des Proletarischen Theaters gegen die für Februar geliebte Karte (Kleben auch an den Kassen).

Aus den Museen. Das Museum der Abgüsse nach antiken Skulpturen ist von jetzt ab auch Sonntags von 10—1 Uhr geöffnet! Ein Wunsch, der schon gleich bei der ersten Eröffnung der neugeordneten großen Sammlung in der Universität im vergangenen Sommer von vielen Seiten, auch von der Presse, geäußert wurde, hat sich damit erfüllt. Der Eintritt ist auch am Sonntag unentgeltlich. Der Zugang ist von der Dorotheenstraße durch das erste Portal im Westflügel.

Sonntag, 6. Februar, 9½–11 Uhr, findet eine Führung im Kaiser Friedrich-Museum (Deutsche Malerei des 16. bis 18. Jahrhunderts) durch Herrn Direktor Dr. Demmler und eine Führung im Alten Museum (Antiquarium) durch Herrn Dr. Köster statt. Karten zu 1 Mk. und Auskunft über spätere Führungen am Eingange der beiden Museen.

Eine Schulbauausstellung wird am 6. Februar, vormittags 11½ Uhr, in der Sophienschule, Weinmeisterstraße 16-17, eröffnet. Sie wird vom Lehrerkollegium und vom Elternbeirat der Schule gemeinsam mit dem Bunde für Schulbauausstellungen veranstaltet.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, vormittags 11 Uhr, im Rathaus, Königstraße, Vortrag des Genossen P. Krische: „Neuere Forschungen über den Stammbaum der Menschen und Stammesgeschichte." — Harmonium. Gäste willkommen.

Groß-Berlin

Die Zuteilung der Stadtverordneten auf die Bezirke

beschäftigte gestern erneut den zur Prüfung dieser Frage eingesetzten ständigen Stadtverordnetenausschuß unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Schultz (USP.). Zur Beratung stand zunächst der bekannte Fall der Stadtverordneten Frau Riemer in Schöneberg, die, nachdem sie bereits gemäß ihrem Wohnsitz der Bezirksversammlung 2 zugeteilt worden war, nachträglich, um die Mehrheit in dieser Bezirksversammlung zu berichtigen, der Bezirksversammlung Charlottenburg durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zugeteilt wurde. Der Oberpräsident hat, wie von uns berichtet, den Magistrat angewiesen, diesen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung als dem Gesetz Groß-Berlin widersprechend zu beanstanden, und der Magistrat hat denn auch die Beanstandung ausgesprochen. In dem Bescheid des Oberpräsidenten heißt es: „Die einmal erfolgte Zuteilung der auf einen Stadtwahlvorschlag gewählten Stadtverordneten zu einer bestimmten Bezirksversammlung kann durch einen erneuten Beschluß der Stadtverordnetenversammlung nicht geändert werden." Die Bezirksversammlung könne nicht dauernd einer willkürlichen Aenderung ihres Bestandes durch die Stadtverordnetenversammlung ausgesetzt werden. Mit Rücksicht auf diese Beanstandung ist die gegen die anderweitige Zuteilung der Frau Riemer beim Bezirksausschuß erhobene Klage zurückgenommen worden. Im Stadtverordnetenausschuß entstand nun die Frage, ob die Stadtverordnetenversammlung, wie dies nach dem Zuständigkeitsgesetz zulässig ist, gegen die Beanstandung des Magistrats Klage beim Oberverwaltungsgericht anstrengen solle. Nach eingehender Aussprache beschloß der Ausschuß mit 6 gegen 6 Stimmen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, von der Erhebung einer solchen Klage abzusehen, da sie völlig aussichtslos sei. — Der zweite Fall war die Zuteilung des Stadtverordneten Busch, der in Berlin-Tiergarten wohnt, aber auf seinen Wunsch dem Bezirk 20 (Reinickendorf) zugeteilt worden ist, wo er lange Jahre Gemeindevertreter gewesen ist. Die Bezirksversammlung 20 hatte gegen diese Zuweisung Einspruch erhoben. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß die Bezirksversammlung nicht berechtigt sei, einen solchen Einspruch zu erheben, weil das hierfür zuständige Bezirksamt noch nicht gebildet ist.

Die Seeschlange

In der Sitzung des Verwaltungsrates für Häfen und Schiffahrt, die am Mittwoch abend stattfand, erklärte der deutschnationale Stadtv. Pfarrer Koch sich durch die Feststellungen, welche die Untersuchung über die Diebstähle im Osthafen ergeben hat, für befriedigt. Er sang dort ein Loblied auf die Arbeiterräte und erklärte, wenn diese jetzt nicht schon gesetzlich festgelegt wären, müßten sie unbedingt geschaffen werden. Als der Verwaltungsrat auseinanderging, hatte Herr Koch eine Erklärung dahin abgegeben, daß er die von ihm im Auftrage seiner Freunde vertretene Anfrage an den Magistrat zurückziehen werde, wenn Herr Stadtrat Schüning im Auftrag des Magistrats das in der Sitzung des Verwaltungsrates festgestellte Ergebnis der Untersuchungen mitteilte. Vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag erklärte Herr Koch plötzlich, er sei nicht mehr in der Lage, sich an seine Zusage zu halten. Im Laufe des Tages sei ihm so viel neues Material über die Angelegenheit zugegangen, daß er auf weitere Feststellungen drängen müßte. — Die Hatz gegen den Betriebsrat wird also fortgesetzt werden.

Proletariat und auswärtige Politik

Dr. Gustav Mayer, der den Arbeitern wohlbekannte Engels-Biograph, hält im Rahmen der Volkshochschule Groß-Berlin einen Vortragskursus über das Thema: **Proletariat und auswärtige Politik.** Die Vorträge finden an acht Abenden, jeden Freitag von 8—9½ Uhr abends, im Reform-Realgymnasium, Neukölln, Boddinstr. 34-38, statt. Am Freitag, den 4., hält der Dozent den zweiten Vortrag, und da noch Hörer aufgenommen werden können, empfehlen wir unseren Parteigenossen dringend der Besuch der Vorträge. Die Hörgebühr beträgt 6 Mark für den Kursus.

Aus der Vortragsdispposition, die der Dozent ankündigt, entnehmen wir zur näheren Kennzeichnung des Inhalts der Vorträge folgendes: Was interessiert die verschiedenen sozialen Klassen an der Auswärtigen Politik? Voraussetzungen einer proletarischen Auslandspolitik. Die französischen und englischen Sozialisten des 19. Jahrhunderts. Marx, Engels, Lassalle. Marxismus und Imperialismus. Die erste, zweite und dritte Internationale in ihrem Verhalten zu den internationalen Machtkämpfen. Weltkrieg und Proletariat. Proletariat und Pazifismus.

Jugendweihe

Für Kinder, die an den Jugendweihen im großen Schauspielhause teilnehmen, werden eine Reihe Vorträge gehalten. Sie finden statt für Norden in der Schule Müllerstraße, Ecke Triftstraße, und in der Schule Pappel-Allee 41-42, für Charlottenburg und die westlichen Vororte in der Hindenburgschule, Guerickestraße, Charlottenburg, am Sonntag, den 6., 13., 20., 27. Februar und 6. März. Für Osten finden die Vorträge in der Schule Frankfurter Allee 37, für Südosten und Süden in der Schule Wrangelstraße 128, statt, und zwar Freitags, nachmittags 5 Uhr, am 11., 18., 25. Februar, 4., 11. März. Eltern dürfen an den Vorträgen teilnehmen.

Holzarbeiter!

wählt die Liste

Freigang — Boese.

Die Einführung des Oberbürgermeisters Boeß findet, wie wir hören, in der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag, den 10. d. Mts., nachmittags ½6 Uhr durch den Oberpräsidenten Dr. Maier statt.

Verwaltungsbezirk 19. Im Pankower Rathaus, Zimmer 17, Sitzung der Kommunalen Kommissionen der zum Bezirk gehörenden Orte mit den Bezirksverordneten am Sonnabend 6 Uhr.

Die Friedrichstraße, die lange Jahre hindurch durch die Bauzäune und den Holzbelag der Baugrubenabdeckung für den Untergrundbahnbau der städtischen Nord-Südbahn ein Bild der Unordnung bot, wird nun allmählich wieder in ihren früheren Zustand einer sauberen Straße versetzt. Zwischen der Mittel- und Dorotheenstraße, wo vor einiger Zeit die Decke des Untergrundbahntunnels einbebaut worden ist, ist der Holzbodenbelag beseitigt, und an seine Stelle über dem im Rohbau fertiggestellten Tunnel eine vorläufige Kopfsteinpflasterung getreten, die in einiger Zeit durch das frühere Asphaltpflaster ersetzt werden soll. Auch südlich der Behrenstraße, zwischen der Taubenstraße und der Kreuzung mit der Untergrundbahn Leipziger Platz—Spittelmarkt, wird jetzt die Tunneldecke hergestellt, so daß auch an dieser Stelle bald der Bauzaun in der Mitte der Straße verschwinden kann. Ebenso macht die Herstellung des Tunnels zwischen der Leipziger und der Kochstraße gute Fortschritte, so daß auch hier wieder das frühere Aussehen der Straße hergestellt werden kann. Natürlich muß sich, bevor die Straße asphaltiert werden kann, der Ueberfüllbogen genügend gesetzt haben, dies erfordert zunächst die Aufbringung eines vorläufigen Pflasters, welches erst später durch die Beton- und Asphaltschicht ersetzt werden kann. Immerhin kann schon jetzt gesagt werden, daß die mittlere Friedrichstraße im Herbst d. Js. von allen Bauzäunen befreit sein wird und damit dem heutigen Zustande ein Ende bereitet ist.

Keine freie Fahrt. Die Eisenbahnverwaltung hatte, wie erinnerlich, bei Kriegsausbruch den verwundeten Soldaten auf der Stadt- und Ringbahn sowie auf bestimmten Vorortstrecken freie Fahrt gewährt. Diese Vergünstigung hat sich nunmehr angeblich, nachdem der größte Teil der Kriegsbeschädigten und Verwundeten zur Entlassung gekommen ist, als überflüssig erwiesen. Sie wird daher von sofort ab aufgehoben. Von nun an müssen die etwa noch in Berliner Lazaretten befindlichen Verwundeten Fahrten auf der Stadt- und Ringbahn, sowie auf den Vorortstrecken wieder selbst bezahlen. Sie haben, falls sie sich noch im Militärverhältnis befinden, Anspruch auf die Beförderung zu Sätzen des Militärtarifs, benötigen jedoch hierzu eines besonderen Ausweises ihrer vorgesetzten Dienststelle, der mit Lichtbild und Unterschrift des Inhabers und dem Siegel der Dienststelle versehen sein muß. Hierbei ist besonders zu beachten, daß die Dienstsiegel der früheren preußischen Militärbehörden bereits seit einiger Zeit nicht mehr als gültig anerkannt werden und durch besondere Siegel des neuen Reichsheeres ersetzt werden müssen. — Also auch diese armen Teufel müssen am „Wiederaufbau" mithelfen.

Das Apollotheater hat sich die bekannte Tanzkünstlerin Saharet verschrieben. Der Direktor James Klein hat ihr ein besonderes Ausstattungsstück: „Madame Dubarrys Liebesleben" auf den Leib schreiben lassen, in der die Saharet in der Rolle der Geliebten Ludwig XV. ihre Tanzkunst in formvollendetster Weise zur Anschauung bringt. Das Programm, in dem auch die Familie Lerch mit ihren ikarischen Spielen Ausgezeichnetes leistet, ist geeignet, der Direktion auf längere Zeit ein volles Haus zu sichern. Ein Blumenladen wurde der Saharet von ihren Verehrern auf die Bühne gebracht.

Der Raubmord in Potsdam. Es sind Zeugen ermittelt worden, die um die Zeit, zu der das Verbrechen ausgeführt zu sein scheint, einen Mann gesehen haben, der vor dem Hause auf und ab gegangen ist und fortwährend nach der Wohnung der Ermordeten hinaufgesehen hat. Plötzlich öffnete sich dann ein Fenster, aus dem ein zweiter Mann hinaussah und dem Untenstehenden zuwinkte. Auf dieses Winken hin begab sich dann auch der andere in die Beckesche Wohnung. Dieser Mann ist etwa 30 bis 35 Jahre alt und 1,73 groß, kräftig und breitschultrig; hatte einen kleinen, dunklen, gestutzten Schnurrbart und trug einen kurzen, dunklen Ueberzieher, vielleicht aber auch eine bis zum Knie reichende Joppe, einen kleinen braunen Pelzkragen und einen dunklen weichen Hut, dunkelgelbe Ledergamaschen und an den Knien ziemlich weite Hosen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese beiden Männer die Täter sind. Wer über sie noch weitere Angaben machen kann, wird unter Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung von 5000 Mk. ersucht, sich umgehend bei Kriminalkommissar Fichtemann bei der Kriminalpolizei in Potsdam oder bei den Kriminalkommissaren Dr. Grünberg und Bünger im Zimmer 180a des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Wegen Millionenunterschlagungen, die der Effektenkassierer Richard Gericke verübt hat, erkannte das Gericht auf zwei Jahre Gefängnis. Gericke war durch Bekannte dem Spiel in die Arme getrieben worden und kam so zu diesen Unterschlagungen der gewaltigen Summen. Der Spiel- und Wetteufel hat schon viel Unheil angerichtet.

Mit der Mistgabel niedergeschlagen. Wegen Raubmordversuchs verhaftet wurde der Knecht Otto Göppermann aus Berlin. Dieser hatte bei dem Hofbesitzer Straßburg in Hohenselchow bei Kaselow Stellung genommen. Vorgestern überfiel er dessen Frau, schlug sie mit einer Mistgabel nieder und raubte sodann 500 Mark bares Geld und mehrere Sparkassenbücher. Mit der Beute ergriff er die Flucht. Es gelang gestern, den Gesuchten festzunehmen.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Langsam aufklärend, nachts, mittags und abends gelinder Frost, mittags ziemlich mild bei mäßigen östlichen Winden, keine wesentlichen Niederschläge.

Aus den Organisationen

Sonnabend, den 5. Februar.

2. Distrikt. Frauenarbeitskommission, 7½ Uhr, wichtige Sitzung bei Döring, Steinmetzstraße 23.

6. Distrikt. Luna-Säle, Neue Königstraße 7, Unterhaltungs-Abend. Tanz, Rezitation und Verlosung. Anfang 7 Uhr.

11. Distrikt. Abends von 6 Uhr ab, holen die Abteilungsführer Flugblätter und Plakate ab, 1.-3. Abteilung bei Genossen Lohmann, Hufitenstr. 43; 4.-6. Abteilung bei Genossen Dahms, Schlegelstr. 9.

18. Distrikt. Abends ½8 Uhr, bei Bierbaum, Bastianstr. 2, kurze Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutz-Kommission.

Sonntag, den 6. Februar.

18. Distrikt. Vormittags 10½ Uhr, Landagitation mit Referenten bei Schurmann, Stettiner Straße 11.

„Niederbarnim-Nord. Vormittags 10 Uhr in Basdorf, im Lokal der Witwe Siedecke, Konferenz der Genossen aus den an der Liebenwalder Bahn gelegenen und von ihnen benachbarten Orten mit der Landagitationskommission. Die Orte müssen durch wenigstens einen Genossen vertreten sein. Auch die Obleute der einzelnen Agitationsbezirke müssen anwesend sein.

Niederschönhausen. Vormittags um 9 Uhr, wichtige Handzettelverbreitung von den Zahlabendlokalen. Bezirksführer holen das Material Sonnabend von der Freiheitsexpedition ab.

Vereinskalender

Buchbinderverband. Kartonbranche. Die Streikversammlung findet am Sonnabend, den 5., vormittags 9 Uhr, bei Böker, Weberstr. 17, statt und nicht wie irrtümlich mitgeteilt wurde, am Sonntag. Die Streikleitung.

Sonnabend, den 5. Februar.

Freie Lehrergewerkschaft (Verband sozialistischer Lehrer). 6 Uhr, Geschäftssitzung Rathaus, Zimmer 105. Tagesordnung: 1. Pädagogische Internationale. 2. Gewerkschaftliches.

Wehrjeder-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Spandau. Abends 7 Uhr, Versammlung bei Buller, Breite Straße Ecke Berliner Straße. Der Vorstand.

Zentralverband der Angestellten. Handelsschullehrer: abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung, im alten Askanier, Anhaltstraße 11. **Jugendgruppe:** abends 5 Uhr, öffentliche Versammlung, in der Schulaula, Kiederwallstr. 12.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabald, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komerliner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Aus erster Hand

ab. Entrepotlager **W. Reinecke, SW. Katzbachstr. 25.** Kurl. 214, an Jedermann: Federbetten 70.—, Stahlmatr. „Oulpus" m Unterl. b. 90 cm brt. 122.—, dreiteilig. Auflagen 90.—, 160.—, 175.—, Kinderbettst. 180.—, große Metallbettst. 130, in Messing 325.—

Münzen :: Briefmarken

kauft **Großmann,** Johannisstr. 4. Zugang v. d. Friedrichstr. (Nr. 108) Norden 10621

Botenfrauen

für Herfurthstraße stellt ein

Spedition Krüger, Neukölln, Emser Straße 32

Leicht beschädigte

Klassiker, Romane, Jugendschriften

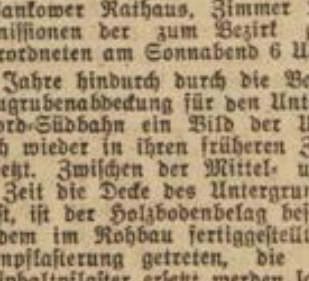
Sozialistische Literatur

25% Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2

Breite Straße 8/9

Spezialität:



Zahn-Praxis Endter Nflg.

Alvensleben straße 21, Hochbahnhof Bülowstraße

Nur 2 feste Preise

Zähne 5 M. und 7,50 M.

Schöne natürliche Farben und Formen mit echtem Kautschuk und schriftlicher Garantie.

Goldkronen :: Brücken :: Stiftzähne. Gaumenloser Zahnersatz.

Munduntersuchung gratis. Keine Luxuspreise. Sprechstunden wochentags 9—12, 2—6 Uhr.

Annahme in allen Speditionen des Verlages **Kleine Anzeigen** Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Gardinenverkauf zu billigen Preisen: Küchengardinen 32,—, Meterwaren 8,— an, Künstlergarnituren dreiteilig 85,— an, Madrasgarnituren, Bettdecken 6,—, Deutsch, Landsberger Straße 13, parterre.

Genossen! Raglans, Ulster, Schlüpfer, Anzüge, Cutaways, gestreifte Hosen, Wintermodelle, sind eingetroffen in unübertroffener großer Auswahl von 500 Mk. an. Burgher, Brizer Straße 20, vorn II. Fahrverbindung Kottbuser Brücke.

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Rotfüchse sowie alle anderen Pelzarten wegen vorgeschrittener Saison jetzt zu herabgesetzten, staunenerregend sportbilligen Preisen! Alles neue, keine Versingwaren! Leihhaus, Warschauer Straße 7.

Gelegenheitskauf. Selbstgefertigte elegante Herrenanzüge 295,— Mark, Jünglingsanzüge 240,—, Ruh, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

Kreuzfüchse 195.—, Sämtliche Pelzarten, Hälfte herabgesetzt. Herrengarderobe, Taschenuhren, Goldwarenlager Staunend billig. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 200/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Bettwäsche, Fabrikpreise, Hasenheide 93.

Bettwäsche, zur weiß. Woche staunend billige Preise, auch einzelne angestaubte Bezüge. Deckbettbezug 55.—, Kissen 15.—, Laken 28.—, Inlette 125.—, Wäschestoffe, Handtücher, Leibwäsche Engrospreise, Wäschefabrik, Gräfestraße neununddreißig (Hasenheide). Geöffnet bis 7.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Möbel

Tafaumbau 650.00, Chaiselongues 2[illegible]0.00 bis 575.00, Auflegematratzen, Patentmatratzen 120.00, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Chaiselongues 150,— bis 400,—, Metallbetten 250,— bis 2000,—, weiße Schlafzimmer Meicke, Augustbr. 22a, Dagd.

Möbel, gebraucht und neu. Stube und Küche, gut erhalten, 1800.—. Mehfeld, Badstraße 34, Hausnummer achten.

Kaufgesuche

Silberschmelze Christianat, Köpenicker Str. 20a (gegenüber Mantreuffelstr.) kauft Fahrgedisse, Platinabfälle, Schmuck-sachen, Quecksilber, Glühkrumpfasche, sämtliche Metalle.

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennisse. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 168.

Fahrräder

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Freuer & Pilz, Schwedter Straße 238.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Bockrollen, Meterbrecher dringend zu kaufen gesucht Fahrradgeschäft, Schönhauser Allee 165 (Hinterh. 461).

Spulenbraht, 2 mal Seide, Kilogramm bis 400.00 Mark, kauft dringend „Alfa", Augustbr. 24.

Spiralbohrer, Schmiegeleisen kauft Berger, Prenzlauer Straße 36 (Alexanderplatz.)

Kugellager, kauft jeden Posten höchstzahlend Brett, Reinickendorf-West, Restaurant, Dahnstraße 4.

Kugellager kauft dauernd jeden Posten Ebertzstr. 46 (Laden) Tel. Kgh. 2783.

Spiralbohrer, Schmiegeleisen kauft laufend Langke, Berlin-Altmanns-Str. 98 (Hallesches Tor).

Spiralbohrer, Schmiegeleisen, jeden Posten, kauft Schmidt, Köpenicker Str. 98 b.

Kugellager, Magnete, Bergeier, Zündkerzen, alte, neue kauft höchstzahlend Mechanische Werkstatt, Reinickendorfer Straße 93.

Spiralbohrer, Schmiegeleisenwand, Reibahlen, Gewindebohrer, Holzbohrer, Hämmer, Handbohrmaschinen, Stechbeitel alle Arten Zangen, Holz-, Schloß-, Maschinenschraubenkauft gegen sofortige Kasse Werkzeughandlung Richardsenstraße 10. Königstadt 8607.

Ansiedelungen

Selbstbau

Parzellen teils eingezäunt, nahe Bahnhof Fredersdorf, Hohenneuendorf. Kleinste Anzahlung. Hälfen, Steglitz, Treitschkestraße.

Tiermarkt

Riesenkaninchen verkauft Landsberger Str. 11

Verschiedenes

Leinenkragen verkleinert Born, Reichenberger Str. 7.

Schriften für den Wahlkampf

Programm und Taktik der USP. Von Artur Crispien . . . . . Mk. 3.00

Die Frauen und das Rätesystem. Von Toni Sender. Mk. 1.20

Die Frauenerwerbsarbeit. Von Mathilde Wurm. Mk. 1.00

Das Schulprogramm. Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der USP. eingesetzten Kommission für das Erziehungs- und Bildungswesen. — Mit einem Vorwort von Georg Ledebour . . . . . Mk. 1.50

Willst du arm und unfrei bleiben? Von Luise Zietz. Ein Aufruf an die Frauen des werktätigen Volkes. Herausgegeben vom Zentralkomitee der USPD. . . . . Mk. 0.30

Eine Abrechnung mit den Rechtssozialisten. Von Artur Crispien. 32 Seiten . . . . . Mk. 1.00

Der moralische Zusammenbruch der SPD. Mk. 0.75

Ledebour vor den Geschworenen. Von Georg Ledebour. Eine Anklage gegen die Regierung Ebert-Scheidemann, bringt diese Schrift die wörtliche Wiedergabe der Verteidigungsrede, die Ledebour am 2. Verhandlungstag vor den Berliner Geschworenen in Erwiderung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen hielt . . . . . Mk. 1.20

Der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten . . . . . Mk. 6.00

Klassenjustiz. Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre. Von Fritz Schneider . . . . Mk. 1.80

Die Diktatur der Demokratie . . . . Mk. 0.40

Was ist Sozialisierung? Von Karl Kautsky. Referat, gehalten auf dem 2. Reichskongreß der A.-, S.- und B.-Räte am 14. April 1919. Zweite erweiterte Auflage . . . . . Mk. 1.50

Was ist Sozialisierung? Von Karl Korsch. Ein Programm des prakt. Sozialismus. Mit Anhang Mk. 1.50

Der Zusammenbruch der Kriegspolitik und die Novemberrevolution. (Beobachtungen eines ehemaligen Feldsoldaten). . . . . Mk. 1.00

Die deutsche Arbeiter-Revolution. Gedenkschrift über den Verlauf des ersten Revolutionsjahres 1918/19 . . . . . Mk. 1.50

Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten. Von Heinrich Ströbel. Diese Schrift enthält Aufzeichnungen, die Ströbel, ehemaliger Redakteur des „Vorwärts", aus intimster Kenntnis aller Vorgänge bereits im Juli 1917 veröffentlicht hat. Man erfährt aus ihnen viele bisher unbekannte Tatsachen über die Haltung der Rechtssozialisten während des Krieges Mk. 2.00

Die Münchener Tragödie. (Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Räterepublik München. Mk. 2.00

USPD. und Gewerkschaften. Von Rob. Dißmann Mk. 0.50

Die Gewerkschaften in der Revolution. Von Rich. Seidel . . . . . Mk. 3.00

Die Verfassung des Freistaates Preußen Mk. 2.00

Wahlgesetz zum preußischen Landtag, Provinzial-Landtags- u. Kreistags-Wahlgesetz Mk. 2.50

Organisationen bei Bezug größerer Partien bedeutende Preisermäßigung

Buchhandlg. „Freiheit", Berlin C2, Breite Str. 8-9

Genossen werbt für die „Freiheit"!